

Wahlprüfsteine des Paritätischen Gesamtverbandes an die Parteien zur Bundestagswahl 2025*

Übersicht

1.	PFLEGE	2
2.	KLIMA.....	4
3.	GEWALTSCHUTZ.....	6
4.	MIGRATION	8
5.	WOHNEN	10
6.	GEMEINNÜTZIGE SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN	13
7.	KINDERTAGESBETREUUNG.....	15
8.	ARMUT	17

* Die Wahlprüfsteine gingen an alle demokratischen Parteien, die im Bundestag vertreten sind. Die Antworten der Parteien sind nach dem Anteil ihrer Sitze im aktuellen Bundestag aufgeführt. Von der FDP sind keine Antworten eingegangen.

1. PFLEGE

Werden Sie sich zur Absicherung der Bedarfe in der Pflege für die Umwandlung der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung einsetzen?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Pflegebedürftige brauchen eine echte Entlastung durch die vollständige Übernahme der pflegebedingten Kosten in Form einer Pflegevollversicherung, stationär wie auch ambulant. Zentrale kostensteigernde Maßnahmen, wie Verbesserungen beim Personal und den Arbeitsbedingungen, dürfen nicht weiter allein auf dem Rücken der Pflegebedürftigen ausgetragen werden. Der Ausbau der Pflegeversicherung zu einer einheitlichen solidarischen Bürger:innenversicherung kann die Finanzierung der Pflegeversicherung angesichts steigender Ausgaben sichern.

Antworten der Parteien

- SPD** Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die hohen Eigenanteile bei den Pflegekosten in der stationären Langzeitpflege durch eine Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat (so genannter Pflegekosten-Deckel) maßgeblich zu reduzieren. Für Menschen, die bereits jetzt länger stationär gepflegt werden, garantieren wir Besitzstandsschutz. Die häusliche Pflege werden wir genauso unterstützen und ebenso eine entsprechende Begrenzung einführen. Außerdem sollen die Investitionsaufwendungen der Heime zukünftig nicht mehr vollständig auf die Bewohner umgelegt werden dürfen. So werden wir alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen erheblich entlasten. Um dies zu finanzieren, wollen wir das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung abschaffen und ein solidarisches System schaffen, in das alle einzahlen und das jedem eine zukunftssichere Versorgung bietet.
- CDU/CSU** CDU und CSU wollen die Pflegeversicherung bezahlbar und nachhaltig gestalten. Wir setzen bei der Vorsorge für den Pflegefall auf einen Finanzierungsmix bestehend aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, der betrieblichen Mitfinanzierung, Steuermitteln sowie einer eigenverantwortlichen Vorsorge. Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen können die Finanzierungslücke in der Pflege schließen. Wir prüfen die bessere steuerliche Absetzbarkeit solcher Modelle als Teil einer nachhaltigen Vorsorge. Unser Ziel ist eine bestmögliche Absicherung der pflegebedingten Kosten gerade für diejenigen, die andernfalls Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssten.
- Grüne** Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Es ist eines Sozialstaates unwürdig, wenn Menschen am Ende eines langen Arbeitslebens aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir haben die

1. PFLEGE

Werden Sie sich zur Absicherung der Bedarfe in der Pflege für die Umwandlung der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung einsetzen?

Leistungen der Pflegeversicherung erhöht und wollen weiter für dringend benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen sorgen. Die Pflegeversicherung muss die Pflegekosten besser abdecken können als bisher. Dafür ist es wichtig, dass sie fair finanziert wird. Deswegen wollen wir mit einem Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung erreichen, dass sich alle gerecht an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. Außerdem wollen wir die Versicherten und die Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Dazu gehört, dass die Kosten der Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen angemessener über den Staat getragen werden.

LINKE

Ja. Wir wollen eine Solidarische Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten vollständig übernimmt. Durch die dadurch erzeugten Einsparungen der Länder in der Sozialhilfe sind diese in der Lage, die Investitionskosten vollständig zu übernehmen. Die einzigen Kosten, die bei Bewohner*innen von Pflegeheimen verbleiben, sind die für Unterkunft und Verpflegung. Den Personalmangel in der Pflege wollen wir mit besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen beheben. Dadurch können mehr Menschen für den Beruf gewonnen werden, wodurch sich die Pflegequalität verbessert. Das lässt sich durch unsere Solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung – in die alle Erwerbstätigen mit allen Einkommensarten einzahlen – finanzieren. Profitorientierte Pflegeheime wollen wir in gemeinnützige Hände überführen. In der ambulanten Pflege sollen sämtliche notwendigen pflegebedingten Kosten von der Pflegeversicherung getragen werden.

BSW

Um Pflegebedürftige und Angehörige zu entlasten wollen wir eine weitgehend aus Steuermitteln finanzierte Pflegevollversicherung einführen. Zudem wollen wir mehr Pflegepersonal ausbilden und für eine bessere Bezahlung sorgen. Eine würdige Pflege darf keine Frage des Geldes sein.

2. KLIMA

Planen Sie zur Förderung einer sozial gestalteten Politik für Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz, gemeinnützige soziale Träger und Dienste beim Klimaschutz und den notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen durch gut ausgestattete Förderprogramme zusätzlich zu unterstützen?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Klimaschutz und Klimaanpassung stellen soziale Einrichtungen und Dienste vor große Herausforderungen. Förderprogramme für energetische Sanierung der über 100.000 Gebäude im Bestand der Wohlfahrt, die Umstellung der Fahrzeugflotten, die Regelfinanzierung von klimagesunder Verpflegung und nachhaltiger Beschaffung sind elementar, um Klimaschutz und Klimaanpassung in den Einrichtungen voranzubringen. Zusätzlich braucht es dafür geschultes Personal.

Antworten der Parteien

- SPD** Das Erreichen der Klimaneutralität ist auch eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und technische Unterstützung ihre Energie- und Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird. Wir werden daher die Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld über die nationale Klimaschutzinitiative auch für die Wohlfahrtsverbände fortsetzen und weiter ausbauen.
- CDU/CSU** Klimaschutz und Klimaanpassung sind zwei Seiten einer Medaille. In allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens müssen wir uns an die sich ändernden Bedingungen anpassen. Das gilt auch insbesondere für den Gesundheitssektor. Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz sollen künftig steuerlich deutlich schneller und besser abgesetzt werden können. Um Verbraucher und Unternehmen zudem schnell und effizient zu entlasten, schaffen wir einen Klimabonus. Wir reduzieren mit den CO₂-Einnahmen zuerst die Stromsteuer und Netzentgelte.
- Grüne** Guter Klimaschutz, der die Auswirkungen der Klimakrise begrenzt, ist entscheidend für ein gutes Leben und unseren Wohlstand. Das ist eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Viele Klimamaßnahmen werden durch Kommunen, Träger in kommunaler Trägerschaft oder freie Träger im Auftrag der Kommunen ausgeführt. Mit dem Klimaanpassungsgesetz haben wir in dieser Legislatur dafür gesorgt, dass überall Pläne zur Klimaanpassung erstellt werden. Wir werden mit einer Entlastung der Kommunen über die Übernahme von an sie übertragenen Aufgaben durch den Bund

2. KLIMA

Planen Sie zur Förderung einer sozial gestalteten Politik für Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz, gemeinnützige soziale Träger und Dienste beim Klimaschutz und den notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen durch gut ausgestattete Förderprogramme zusätzlich zu unterstützen?

oder die Länder (z.B. Jugendsozialarbeit, Bereitstellung Rettungsdienste, Unterbringung Geflüchtete) und der Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung für die nötigen Mittel zur guten Umsetzung von Klimaanpassung sorgen. Zugleich fördern wir auf allen Ebenen konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Das ermöglicht sozialen Trägern Klimaschutz und -anpassung in gefördertem Rahmen umzusetzen.

LINKE

Ja. Die sozialen Träger und Dienste der freien Wohlfahrtspflege leisten unverzichtbare Aufgaben für den Zusammenhalt und die Teilhabe in der Gesellschaft. Sie müssen deshalb beim Klimaschutz und den Klimaanpassungsmaßnahmen öffentlich gefördert werden. Die Linke plant dafür einen "Klima- und Transformationsfonds", der für die nächsten 10 Jahre mit 65 Milliarden Euro jährlich ausgestattet wird, um Investitionen in den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung zu fördern. Davon sollen vor allem gemeinnützige und gemeinwohlorientierte Einrichtungen profitieren. Für gewinnorientierte Unternehmen wollen wir verbindliche Ziele und Emissionsgrenzen festlegen.

BSW

Die dringend notwendigen Fortschritte beim Klimaschutz müssen durch sozialverträgliche Maßnahmen erreicht werden. Kostspielige Ideologieprojekte wie das Heizungsgesetz und den CO₂-Preis lehnen wir ab. Wir wollen deutlich mehr in die Erforschung klimafreundlicher Technologien investieren.

3. GEWALTSCHUTZ

Werden Sie zum Schutz von Menschen, die von sexualisierter bzw. häuslicher Gewalt betroffen sind, nicht nur ein Gewalthilfegesetz verabschieden, sondern auch die ausreichende Finanzierung von Präventionsarbeit, Beratungsstellen sowie Frauen- und Schutzhäusern sicherstellen?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Die Zielsetzungen für den Schutz von Frauen vor Gewalt gibt die Istanbul-Konvention vor. Darunter fallen die finanzielle Absicherung sowie der Ausbau von Beratungsstellen und Frauenhäusern. Der Ausbau der Frauenhäuser um zusätzlich mindestens 14.000 Plätze und eine einzelfallunabhängige kontinuierliche Finanzierung von Beratung und Schutzunterkünften unter Beteiligung des Bundes sind notwendig. Das Gewalthilfegesetz stärkt den Schutz von Frauen vor Gewalt, es ist dringend zu verabschieden.

Antworten der Parteien

- SPD** Ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Personen und ihre Kinder ist das Kernanliegen unseres Gewalthilfegesetzes. Neben diesem Anspruch muss jedoch gleichzeitig der Ausbau und die nachhaltige Absicherung von Schutz-, Beratungs- und Präventionsstrukturen angegangen werden. Die Länder leisten bisher einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Unterstützung dieser Strukturen, der die Bedarfe jedoch nicht abdeckt. Um den Anspruch auf Schutz und Beratung flächendeckend in Deutschland zu gewährleisten, setzen wir uns für eine finanzielle Beteiligung des Bundes am Ausbau der entsprechenden Strukturen als Teil des Gewalthilfegesetzes ein.
- CDU/CSU** Wir lassen die Opfer häuslicher Gewalt, gerade Frauen und Kinder, nicht allein. Ihr Schutz hat für uns Priorität. Wir entwickeln deshalb ein Sicherheitskonzept und stärken die Frauenhäuser. Damit Frauen besser geschützt werden und Gewalttäter gegen Frauen Abstand zu ihren ehemaligen Partnerinnen halten, führen wir eine elektronische Fußfessel ein, mit der Täter überwacht und Opfer gewarnt werden, sobald sich der Täter nähert. Fußfesseln müssen verstärkt zum Einsatz kommen.
- Grüne** Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Die Länder sollen durch die gesetzlichen Regelungen angehalten werden, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um ein bedarfsgerechtes und verlässliches Hilfesystem zu schaffen. Hierzu gehören Maßnahmen zur Prävention von geschlechtsspezifischer und

3. GEWALTSCHUTZ

Werden Sie zum Schutz von Menschen, die von sexualisierter bzw. häuslicher Gewalt betroffen sind, nicht nur ein Gewalthilfegesetz verabschieden, sondern auch die ausreichende Finanzierung von Präventionsarbeit, Beratungsstellen sowie Frauen- und Schutzhäusern sicherstellen?

häuslicher Gewalt, zur Unterstützung des Umfelds der gewaltbetroffenen Person sowie zur Unterstützung der strukturierten Vernetzung innerhalb des spezifischen Hilfesystems sowie mit anderen Hilfsdiensten.

LINKE Ja. Die Istanbul-Konvention verlangt ein wirksames Gewalthilfegesetz - die Parteien der Ampelkoalition haben beim Schutz von Frauen versagt. Ein entsprechendes Gesetz muss so schnell wie möglich erlassen werden. Derzeit fehlen 13 000 Plätze in Frauenhäusern. Die Linke fordert daher ein Sofortprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro, um diese Lücke zu schließen und die Präventionsarbeit, Beratungsstellen und Frauenhäuser flächendeckend, bedarfsgerecht und einzelfallunabhängig auszubauen. Frauen und ihren Kindern müssen überall in Deutschland kostenfreie, anonyme und barrierefreie Beratungs- und Schutzangebote zur Verfügung stehen.

BSW Gewalt gegen Frauen nimmt in Deutschland zu, jeden dritten Tag wird eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Wir wollen Gewaltschutz- und Hilfesysteme ausbauen, die Zahl von sicheren Schutzwohnungen steigern und die Finanzierung von Frauenhäusern langfristig durch den Bund sicherstellen.

4. MIGRATION

Werden Sie im Sinne der Teilhabe & Integration für die bedarfsgerechte Finanzierung von Asylverfahrens- & Migrationsberatung für Erwachsene, Jugendmigrationsdienste, Integrations-/Sprachkurse und Psychosoziale Zentren eintreten und hierfür insbesondere die geplanten Kürzungen rückgängig machen?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Verschiedene Angebote der Freien Wohlfahrtspflege leisten einen essenziellen Beitrag für gelungene Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt und stärken somit den sozialen Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft. Hierzu zählen Sprach- und Integrationskurse genauso wie die Arbeit der Bundesprogramme Asylverfahrensberatung (AVB), die Psychosozialen Zentren (PSZ), die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) sowie die Jugendmigrationsdienste (JMD). Es gilt, diese Strukturen durch umsetzbare Förderbedingungen sowie eine bedarfsgerechte Finanzierung zu stärken. Die Asyl- und Migrationssozialarbeit ist nachhaltig zu finanzieren.

Antworten der Parteien

SPD Hier werden wir weiterhin gute Rahmenbedingungen schaffen. In 2025 sind bei den Sprach- und Integrationskursen keine Kürzungen zu erwarten. BMI und BMF haben zugesagt, die über den Regierungsentwurf hinausgehenden Mittel auch im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bereitzustellen. Sprach- und Integrationskurse sind Voraussetzung dafür, dass sich zugewanderte Menschen schnell in Gesellschaft und Berufsleben integrieren. Um das Kurssystem zu stärken, haben wir mehrfach die Vergütungs- und Kostenerstattungssätze erhöht und Entlastungsmaßnahmen für Träger und Lehrkräfte beschlossen. Aufgrund des gestiegenen Bedarfs haben wir in 2023 und 2024 jeweils ca. 1 Mrd. Euro für Sprach- und Integrationskurse bereitgestellt und werden deren auskömmliche Finanzierung sicherstellen. Die Finanzierung der Migrationsberatung für Erwachsene haben wir erhöht und auf hohem Niveau fortschreiben können und den Aufbau der unabhängigen Asylverfahrensberatung finanziert. Wir wollen diese Angebote ausbauen.

CDU/CSU Wir wollen gerechte Startchancen. Das Erlernen der deutschen Sprache legt den Grundstein für Integration und Teilhabe. Ein breites Angebot an Deutsch- und Integrationskursen ermöglicht Erfolge in Bildung und Arbeit. Dafür treten wir ein. Darüber hinaus setzen wir mit Maßnahmen auch schon bei den Kleinsten an: Jedes Kind, das eingeschult wird, muss Deutsch können. Alle Kinder mit Förderbedarf wollen wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer Kita, einem

4. MIGRATION

Werden Sie im Sinne der Teilhabe & Integration für die bedarfsgerechte Finanzierung von Asylverfahrens- & Migrationsberatung für Erwachsene, Jugendmigrationsdienste, Integrations-/Sprachkurse und Psychosoziale Zentren eintreten und hierfür insbesondere die geplanten Kürzungen rückgängig machen?

Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten. Zudem leiten wir einen Neustart des erfolgreichen Bundesprogramms Sprach-Kitas ein.

Grüne Menschen, die nach Deutschland kommen, brauchen gute Perspektiven, damit sie sich einbringen können. Das gilt für Schutzsuchende und für Einwanderer*innen gleichermaßen. Wir werden mit einer Integrationsoffensive die Strukturen stärken und verlässlich finanziell unterstützen. Dazu gehören Angebote von bedarfsgerechten und guten Integrations- und Sprachkursen, wie auch die Förderung der bereits bestehenden Beratungsstrukturen. Wir haben uns in der vergangenen Legislatur gegen viele Widerstände sehr dafür eingesetzt, dass die Beratungsangebote wie die unabhängige Asylverfahrensberatung und die Migrationsberatung besser und dauerhaft finanziert werden. Insbesondere für Schutzsuchende und Migrant*innen ist die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung, weshalb die auskömmliche Finanzierung der Psychosozialen Zentren ebenfalls große Bedeutung für uns hat.

LINKE Ja. Die Kürzungen halten wir für unverantwortlich. Die Linke will öffentlich finanzierte, kostenlose Sprachkurse und eine unabhängige, bedarfsgerecht finanzierte Asylverfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände und Vereine. Die Einführung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände und Vereine war eines der wenigen positiven Projekte der Ampel. Die Finanzierung bleibt jedoch deutlich hinter den gegebenen Versprechen zurück. So kann kein flächendeckendes Beratungsangebot realisiert werden. Weil Bundesländer ihre Fördermittel mit Blick auf das Angebot des Bundes kürzen oder gar streichen, droht im Ergebnis eine Verschlechterung in der Beratungsstruktur für Asylsuchende. Das ist für Die Linke nicht akzeptabel.

BSW Sprachkompetenzen und Arbeit sind für die Integration zentral. Wir fordern einen verpflichtenden Deutschtest für Kinder ab 3 Jahren und bei festgestellten Defiziten zusätzliche Angebote zur Sprachbildung. Den Jobturbo für Geflüchtete mit Schutzstatus wollen wir zügig umsetzen.

5. WOHNEN

Steigende Mieten machen arm und erschweren sozialen Diensten ihre Arbeit, der Mangel an barrierefreien Wohnungen behindert Inklusion. Werden Sie sich für mehr bezahlbare barrierefreie Wohnungen, für Mieter*innenschutz sowie für ein soziales Gewerbemietrecht einsetzen?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Es müssen umfassende Regelungen zur Herstellung von Barrierefreiheit im Bereich des Wohnens geschaffen werden, die eine gesetzliche Verpflichtung für den privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Bereich beinhaltet.

Um Mieterhaushalte nicht finanziell zu überfordern, ist im Bund die Möglichkeit einzuführen, dass in Gegenden mit angespanntem Wohnungsmarkt Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen stärker begrenzt werden können. Die Mietpreisbremse muss bundesweit gelten, entfristet werden und bedarf einer Nachschärfung.

Bei energetischen Sanierungen muss die Modernisierungsumlage auf drei Prozent gesenkt werden. Die öffentliche Förderung für energetische Sanierungen ist zu erhöhen, mit einer eindeutigen Klimalenkungswirkung zu versehen und nach sozialen Aspekten zu staffeln. Dabei sind auch soziale Einrichtungen gezielt zu adressieren.

Zur Sicherung sozialer Infrastruktur ist das Gewerbemietrecht für gemeinnützige Träger zu stärken, öffentliche Grundstücke sind primär für soziale Nutzung bereitzustellen.

Antworten der Parteien

SPD Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können. Gewerbefreies Wohnen ist ein zentraler Baustein zur Umsetzung dieser Strategie. Die SPD setzt sich für bezahlbaren Wohnraum und den Schutz von Mieter*innen ein. Die Mietpreisbremse soll unbefristet gelten und auch Immobilien umfassen, die bis 2019 bezogen wurden. Indexmietverträge werden künftig durch Kappungsgrenzen normaler Mietverträge gedeckelt. Das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen soll über 2025 hinaus verlängert werden. In angespannten Wohnungsmärkten soll die Mietsteigerung auf max. 6 % in drei Jahren begrenzt und der Mietspiegel-Betrachtungszeitraum verlängert werden. Soziale Einrichtungen und kleine Betriebe sollen vor Verdrängung geschützt werden. Wir wollen, dass soziale Einrichtungen einen umfassenden Schutz im Gewerbemietrecht erhalten, um ihre wichtige Arbeit weiterhin leisten zu können.

5. WOHNEN

Steigende Mieten machen arm und erschweren sozialen Diensten ihre Arbeit, der Mangel an barrierefreien Wohnungen behindert Inklusion. Werden Sie sich für mehr bezahlbare barrierefreie Wohnungen, für Mieter*innenschutz sowie für ein soziales Gewerbemietrecht einsetzen?

CDU/CSU Soziale Einrichtungen sind keine Gewerbetreibenden, die mit Gewinnerzielungsabsicht ein Geschäft betreiben. Die Einnahmesituation unterscheidet sich daher auch deutlich vom Gewerbe. Das muss sich auch bei der Absicherung von Mietverträgen widerspiegeln. Vermieter von sozialen Einrichtungen kennen die Situation und kommen ihren Mietern daher oft entgegen. Ansonsten hätten soziale Einrichtungen kaum eine Chance. Das Miteinander von Mieter und Vermieterin diesem Bereich ist besonders schutzwürdig. Was das barrierefreie Bauen angeht, machen die Landesbauordnungen bei Neubauten bereits entsprechende Vorgaben. Das Problem liegt eher bei den Bestandsbauten, die oft aus einer Zeit stammen, wo das Thema Barrierefreiheit so gut wie unbekannt war. Hier kann man mit entsprechenden Förderprogrammen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen für eine entsprechende Nachrüstung sorgen.

Grüne Wir werden die Mittel für sozialen Wohnungsbau erhöhen. So können auch mehr barrierefreie Wohnungen mit Mietpreisbindung finanziert werden. Darüber hinaus werden wir die Vorgabe für die Zahl barrierefreier Sozialwohnungen erhöhen. Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen, im Analogen wie im Digitalen, in nationales Recht umgesetzt, sowie einfacher und tatsächlich durchsetzbar werden: Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei machen. Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen müssen konsequent Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir sie mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen Barrierefreiheitstool unterstützen. Auch Vermieter*innen von Büro- und Gewerbeflächen sind angehalten, diese Vorkehrungen zu treffen. Mieter*innen von Gewerbe- und Büroflächen wollen wir den barrierefreien Umbau ihrer Gewerbe- und Büroflächen auch in rechtlicher Hinsicht erleichtern und streben eine Ausweitung der bestehenden Förderprogramme der KfW an.

LINKE Ja. Die Linke will einen bundesweiten Mietendeckel einführen, der nicht nur für Mietwohnungen, sondern auch für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger gelten soll. Als Sofortmaßnahme sollen Mieterhöhungen bundesweit für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Staffelmieten, Indexmietverträge, die Umwandlung von Miet- in

5. WOHNEN

Steigende Mieten machen arm und erschweren sozialen Diensten ihre Arbeit, der Mangel an barrierefreien Wohnungen behindert Inklusion. Werden Sie sich für mehr bezahlbare barrierefreie Wohnungen, für Mieter*innenschutz sowie für ein soziales Gewerbemietrecht einsetzen?

Eigentumswohnungen und überzogene Heizkostenabrechnungen sollen verboten werden, Eigenbedarfskündigungen sollen erschwert werden. Wir wollen außerdem eine Quote für barrierefreie und altersgerechte Wohnungsangebote. Den entsprechenden Umbau von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen wollen wir mit öffentlichen Mitteln fördern.

BSW

Die wirkungslose Mietpreisbremse wollen wir durch einen bundesweiten Mietendeckel ersetzen. Wo mit Normaleinkommen kein adäquater Wohnraum mehr finanzierbar ist, wollen wir die Mieten bis 2030 einfrieren. Den gemeinnützigen, auch barrierefreien, Wohnungsbau wollen wir stärken und den Neubau von Sozial- und preiswerten Mietwohnungen fördern.

6. GEMEINNÜTZIGE SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

Wohlfahrt stärkt sozialen Zusammenhalt. Gemeinnützige Akteure schöpfen keine privaten Gewinne ab und sind Anlaufstelle fürs Ehrenamt. Werden Sie die auskömmliche Finanzierung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände im Bundeshaushalt bei Berücksichtigung der Tarifsteigerung und Inflation absichern?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Wohlfahrtsverbände wie der Paritätische Gesamtverband leisten enorm viel für den sozialen Zusammenhalt und die soziale Sicherheit in der Gesellschaft. Sie wirken damit auch als Bollwerk der Demokratie. Ihre Arbeitsfähigkeit ist sicherzustellen. Projektförderung kann helfen, neue Ideen auszuprobieren. Aber soziale Arbeit erfordert Vertrauen, Beharrlichkeit und Verlässlichkeit. Und dies ist nicht allein durch befristete Projektmittel zu finanzieren.

Antworten der Parteien

- SPD** Wir wollen die Demokratie stärken und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft unterstützen. Die Wohlfahrtsverbände mit ihren zahlreichen sozialen Angeboten sind für uns wichtige Partner bei der Förderung des gesellschaftlichen Engagements und Zusammenhalts. Deshalb wollen wir ihre wertvolle Arbeit durch eine auskömmliche Finanzierung auch im Bundeshaushalt weiterhin nachhaltig unterstützen. Zudem wollen wir das Gemeinnützigkeitsrecht modernisieren und die soziale Arbeit sowie das bürgerliche Engagement als Grundlage unserer Demokratie fördern und stärken.
- CDU/CSU** Wohlfahrtsverbände sind wichtige Partner bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens und übernehmen eine tragende Rolle in der öffentlichen Daseinsvorsorge. CDU und CSU setzen sich auch zukünftig dafür ein, dass die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege ihren wertvollen Beitrag in der Jugendarbeit, der Altenpflege, der Hilfe für Behinderte oder für Suchtgefährdete und vielen anderen Bereichen leisten können. Für Bürgerinnen und Bürger ist die Freie Wohlfahrtspflege ein wichtiger Anlaufpunkt. Das Fortbestehen der Trägerstruktur mit all ihren Leistungen ist uns wichtig.
- Grüne** Die Wohlfahrtsverbände leisten einen herausragenden Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Deshalb haben wir in den Ampel-Verhandlungen zum Bundeshaushalt wiederholt und gegen koalitionsinterne Widerstände eine deutliche finanzielle Stärkung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände aus Bundesmitteln durchgesetzt. Auch künftig werden wir für eine auskömmliche Finanzierung der Wohlfahrtsverbände kämpfen. Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige Zivilgesellschaft. Diese stärken wir durch eine verlässliche Förderung. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt

6. GEMEINNÜTZIGE SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

Wohlfahrt stärkt sozialen Zusammenhalt. Gemeinnützige Akteure schöpfen keine privaten Gewinne ab und sind Anlaufstelle fürs Ehrenamt. Werden Sie die auskömmliche Finanzierung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände im Bundeshaushalt bei Berücksichtigung der Tarifsteigerung und Inflation absichern?

werden, sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen. Wir planen ein Recht auf einen Freiwilligendienst zu verankern und Plätze im Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren. Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen von überflüssiger Bürokratie entlasten.

LINKE

Ja. Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine wichtige Säule des Sozialstaats. Ihre Träger und Dienste sind unverzichtbar für die soziale Daseinsvorsorge in den Kommunen. Dafür müssen die Kommunen ausreichend finanziert werden. Die Linke will dafür einen Bundesfonds einrichten, aus dem Kommunen mit finanziellen Schwierigkeiten die Mittel für eine Mindestausstattung der sozialen Infrastruktur bekommen. Darüber soll auch die bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der sozialen Träger und Dienste – unter Berücksichtigung von Tarifentwicklung und Inflation – sichergestellt werden. Wir wollen eine bundesweite Investitionsoffensive starten und jährlich mindestens 160 Milliarden Euro in die soziale und öffentliche Daseinsvorsorge stecken. Finanzieren wollen wir das aus den Einnahmen der Vermögensteuer und mit einer Gemeindefinanzreform.

BSW

Wohlfahrtsverbände und Ehrenamt sind zentral für die Förderung sozialen Zusammenhalts, daher will das BSW die Rahmenbedingungen verbessern und eine solide Finanzierung sichern. Sozialer Zusammenhalt ist auch Leitmotiv unserer Steuerpolitik. Wir wollen große Vermögen stärker be- und Geringverdiener entlasten.

7. KINDERTAGESBETREUUNG

Werden Sie im Sinne der Bildungsgerechtigkeit durch einen dauerhaften Bundesbeitrag daran mitwirken, dass Familien bundesweit bedarfsgerechte Angebote der Kitabetreuung in Anspruch nehmen können und Kitas qualifiziertes Personal halten und gewinnen können?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Der Bund hat den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung nach der Vollendung des ersten Lebensjahres eingeführt, aber nie die Zusage konsequent umgesetzt, sich angemessen an den ausbaubedingten Kosten zu beteiligen. Um seinen eigenen Anspruch zur Wirksamkeit zu verhelfen, sollte der Bund durch einen dauerhaften und dynamischen Beitrag daran mitwirken, dass Familien bundesweit bedarfsgerechte Angebote der Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen können.

Antworten der Parteien

SPD Wir wollen beste Bildung und Betreuung für Kinder, Verlässlichkeit für arbeitende Eltern und gute Arbeit für Beschäftigte in Kitas garantieren. Deshalb wollen wir, dass Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam weiter in gute Kita-Qualität investieren. Gut qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl sind entscheidend für mehr Kita-Plätze, den Ganztag im Grundschulalter, bessere Bildungsqualität und verlässliche Betreuungszeiten. Daher wollen wir eine Fachkräfteoffensive verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbaren, die u. a. den Ausbau von Ausbildungskapazitäten, eine bezahlte Erzieher:innen-Ausbildung, multiprofessionelle Teams, die Ansprache von Quereinsteigenden sowie den Ausbau vollzeitnaher Tätigkeit umfasst. Zudem setzen wir uns für kostenfreie Bildung ab der Kita sowie ein gesundes, kostenloses Mittagessen für alle Kinder ein. Für eine gezielte Förderung von Kitas in benachteiligten Lagen wollen wir auch mit Bundesmitteln ein Startchancenprogramm schaffen.

CDU/CSU CDU und CSU setzen sich für eine flächendeckende und hochwertige Kinderbetreuung in Kitas ein. Kinder sollen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern die Chance bekommen, das Beste aus sich herauszuholen. Das ist ein elementares Gebot der Chancengerechtigkeit – und ein Schlüssel zu neuem Erfolg für unser Land. Dafür brauchen sie ein funktionierendes, verlässliches Bildungs- und Betreuungssystem. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen wollen wir deutlich verbessern, ohne die klar geregelten Zuständigkeiten infrage zu stellen. Künftig müssen Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zum Wohle aller Kinder Hand in Hand gehen. Wir setzen auf

7. KINDERTAGESBETREUUNG

Werden Sie im Sinne der Bildungsgerechtigkeit durch einen dauerhaften Bundesbeitrag daran mitwirken, dass Familien bundesweit bedarfsgerechte Angebote der Kitabetreuung in Anspruch nehmen können und Kitas qualifiziertes Personal halten und gewinnen können?

Mindeststandards und unterstützen mit einem weiteren Investitionsprogramm Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze.

- Grüne** Den Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote begreifen wir als eine Daueraufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Leider fehlen an vielen Orten Erzieher*innen und damit Kita-Plätze; viele Erzieher*innen arbeiten über ihrer Belastungsgrenze. Um die Situation für Kinder, Eltern und Erzieher*innen zu verbessern, haben wir in dieser Legislatur 8 Euro Milliarden mobilisiert. Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich und in der Kindertagespflege gesetzlich festschreiben und im Bund die Investitionen in frühkindliche Bildung weiter erhöhen und verstetigen. Neben der Weiterentwicklung von Qualitätsstandards liegt hierbei der Fokus auf der Gewinnung und Ausbildung gut qualifizierter Fachkräfte. Auch setzen wir uns für schulgeldfreie Ausbildungen, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen ein.
- LINKE** Ja. Wir wollen, dass der kostenfreie Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz tatsächlich umgesetzt wird, selbstverständlich in Wohnortnähe. Das von der Ampel-Koalition verabschiedete Kita-Qualitätsgesetz greift vor allem da zu kurz, wo es um die Finanzierung eines ausreichenden Betreuungsschlüssels geht. Die Linke fordert einen Betreuungsschlüssel, der mindestens eine*r Erzieher*in für maximal drei Kinder unter drei Jahren und für 7,5 Kinder ab drei Jahren – unter Berücksichtigung von Ausfall- und Vorbereitungszeiten und Elternarbeit. Derzeit fehlen rund 200 000 Erzieher*innen. Durch bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne wollen wir den Beruf attraktiver machen. Mit einer Bundesoffensive wollen wir mehr Erzieher*innen gewinnen. Für gute Tarifverträge insbesondere im kommunalen und freigemeinnützigen Bereich muss die Refinanzierung gesichert werden. Daran muss sich der Bund dauerhaft beteiligen.
- BSW** Wir planen ein Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“, um Bildungsgerechtigkeit zu fördern und allen Familien gute Betreuungsangebote zu machen. Wir wollen deutlich mehr Kitaplätze schaffen. Die Beiträge wollen wir stabilisieren und mittelfristig abschaffen. Schulen und Kitas sollen künftig ein kostenloses, gesundes Mittagessen anbieten.

8. ARMUT

Werden Sie sich im Sinne der Freiheit von Armut für armutsfeste und sanktionsfreie Sozialleistungen einsetzen?

Lösungsvorschläge des Paritätischen

Die aktuellen Regeln zur Berechnung des Existenzminimums, aus dem sich die Sozialleistungen für Millionen Menschen ableiten, rechnen die Regelbedarfe gezielt klein. Infolgedessen wächst die Armutslücke, also der Abstand von Regelbedarf zur Armutrisikogrenze von 204 € im Jahr 2015 auf 317 € im Jahr 2023 pro Monat. Eine wirksame Arbeitsförderung bedarf der Unterstützung der Potenziale von Erwerbslosen, die Androhung von Strafen (Sanktionen) hilft nicht.

Antworten der Parteien

SPD

Alle Bürger*innen haben das Recht auf Arbeit. Deshalb soll jeder Bürgergeldbezieher ein passendes Angebot erhalten. Wir setzen dafür auf eine stärkere Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir werden daher den Passiv-Aktiv-Transfer ausweiten, vereinfachen und gesetzlich verankern. Wir wissen, dass die meisten Menschen im Bürgergeldbezug, die arbeiten können, auch arbeiten wollen. Das Bürgergeld ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An diesem Prinzip des Forderns halten wir fest. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen mithilfe von Qualifizierung und Weiterbildung zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden. Neben Weiterbildung hat sich auch das Instrument des sozialen Arbeitsmarktes, der neue Chancen einer sozialversicherten Arbeit nachzugehen eröffnet, bewährt. Wir haben die Regelungen für den sozialen Arbeitsmarkt deshalb entfristet.

CDU/CSU

Das sogenannte „Bürgergeld“ in der jetzigen Form schaffen wir ab und ersetzen es durch eine Neue Grundsicherung. Den Vermittlungsvorrang führen wir wieder ein. Wenn jemand grundsätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, muss der Staat davon ausgehen, dass er nicht bedürftig ist. Dann muss die Grundsicherung komplett gestrichen werden. Wir werden Arbeitsanreize verstärken, indem wir Hinzuverdienstgrenzen reformieren. Mit dem Aussetzen von Sanktionen hat die Ampel den Mitarbeitern der Jobcenter die Mittel genommen, diesen berechtigten Anspruch der Steuerzahler auch einzufordern. Deshalb wollen wir Sanktionen schneller, einfacher und unbürokratischer durchsetzen. Wir vertrauen darauf, dass die Jobcentermitarbeiter die Sanktionsmöglichkeiten verantwortungsvoll, individuell angemessen und verhältnismäßig nutzen.

Grüne

In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben.

8. ARMUT

Werden Sie sich im Sinne der Freiheit von Armut für armutsfeste und sanktionsfreie Sozialleistungen einsetzen?

Deswegen haben wir Hartz IV überwunden und mit der Einführung des Bürgergeldes einen wichtigen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit gemacht. Das Bürgergeld soll vor Armut schützen, in dem es ein sozio-kulturelles Existenzminimum gewährleistet und die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglicht. Wir lassen nicht zu, dass der Regelsatz darunter sinkt. Deshalb passen wir das Bürgergeld regelmäßig an, damit das sozio-kulturelle Existenzminimum immer garantiert ist. So stärken wir Menschen in Zeiten des Wandels, geben Halt und Sicherheit und eröffnen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

LINKE

Ja. Die Linke will eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung, auf die alle Anspruch haben, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben. Ihre Höhe orientiert sich an der Armutsgefährdungsgrenze. Eine alleinlebende Person würde gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich bekommen (inkl. Miete und sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr). Vorhandenes Einkommen wird mit der Mindestsicherung verrechnet. Selbstgenutztes Wohneigentum in durchschnittlichem Umfang, Vermögen bis zu 60.000 Euro und angemessenes Altersvorsorgevermögen werden nicht angerechnet. Als Sofortmaßnahme wollen wir das Bürgergeld auf die korrekt berechnete Höhe von 813 Euro anheben und die Sanktionen ausschließen. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente für alle, die wegen schlechter Jobs oder Brüchen im Arbeitsleben Rente unter der Armutsrisikogrenze bekommen. Sie erhalten einen Zuschlag bis auf 1.400 Euro. Und wir streiten für eine echte Kindergrundsicherung in entsprechender Höhe.

BSW

Wir wollen eine armutsfeste Mindestrente einführen und das Bürgergeld durch eine leistungsstarke Arbeitslosenversicherung ersetzen. Auch die Grundsicherung muss armutsfest sein. Arbeitssuchende wollen wir gezielt unterstützen und Jobcenter dafür stärken. Wer Qualifizierungsangebote unbegründet ablehnt, muss mit Konsequenzen rechnen.